

LGBTIQ+

Positionspapier der Jungen Grünliberalen Schweiz

Die Schweiz erfüllt heute nur 29% der Kriterien von ILGA Europe zur Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans, inter und weiteren queeren Personen (LGBTIQ+) und landet somit auf dem beschämenden Platz 27 von 49 untersuchten Ländern. Obwohl die gesellschaftliche Akzeptanz für LGBTIQ+-Menschen wächst, gibt es immer noch grosse rechtliche Unterschiede. Homo- und transfeindliche Gewalt (verbal und körperlich), Intoleranz, Vorurteile, Angst sich zu outen, soziale Zwänge und Ausgrenzung sind immer noch traurige Realität, zum Beispiel in der Familie, am Arbeitsplatz oder in der Schule. Das darf nicht sein: die Jungen Grünliberalen setzen sich für eine Gesellschaft ein, in der sich alle frei und selbstbestimmt entfalten dürfen und können, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und/oder Geschlechtsidentität. Es ist Zeit für echte Gleichberechtigung.

Grünliberale Initiative "Ehe für alle" umsetzen – rasch und diskriminierungsfrei

Ja zur Vielfalt: Die Aufgabe des Staates ist es, einen Rahmen für unser Zusammenleben zu bieten, nicht in das Privatleben der Menschen einzugreifen. Wir stehen für die Vielfalt der Lebensformen ein und sind gegen eine Privilegierung einzelner Lebensformen.

glp-Initiative "Ehe für alle" umsetzen: Durch die Umsetzung der glp-Initiative "Ehe für alle" steht die Zivilehe als gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft endlich allen Paaren offen, unabhängig von der sexuellen Orientierung und dem Geschlecht. Die «eingetragene Partnerschaft» war zwar ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Sie bleibt aber eine Ehe zweiter Klasse, welche gleichgeschlechtlichen Paaren fundamentale Rechte verweigert. Die parlamentarische Initiative «Ehe für Alle» unserer glp-Nationalrätin Kathrin Bertschy muss endlich diskriminierungsfrei umgesetzt werden.

Voller Zugang zur Adoption: Durch die Umsetzung der glp-Initiative soll es allen Paaren möglich sein, gemeinsam Kinder zu adoptieren. Es ist absurd, dass heute eine Einzelperson ein Kind adoptieren darf, es aber einem gleichgeschlechtlichen Paar verwehrt bleibt. Für das Wohl des Kindes ist eine gute Beziehung zwischen Kind und Eltern entscheidend und nicht deren sexuelle Orientierung oder Geschlecht.

Gleichberechtigung auch bei der Fortpflanzungsmedizin: Zur Realisierung der glp-Initiative gehört schliesslich auch der Zugang zur Samenspende für Frauenpaare. Frauenpaare mit Kinderwunsch müssen heute ins Ausland ausweichen oder auf eine private Samenspende zurückgreifen. Verheiratete heterosexuelle Paare können in der Schweiz verschiedene Angebote in der Fortpflanzungsmedizin nutzen. Wir fordern den gleichberechtigten Zugang zu Fortpflanzungsmedizin für alle Paare.

Gezielte Prävention und Repression bei Hetze und Hassverbrechen

Die heutige Gesetzeslage in der Schweiz bietet keinen expliziten Schutz bei homo-, bi-, inter- oder transfeindlichen Gewalt. Da sogenannte "hate crimes" (namentlich verbale und physische Attacken), die sich gegen LGBTIQ+ richten, nicht systematisch als solche erfasst werden, ist es nicht möglich, den Umfang zu beziffern und griffige vorbeugende Massnahmen zu ergreifen. Hate Crimes können so nicht gezielt verhindert werden und ein gezieltes Vorgehen dagegen ist nicht möglich. Deshalb fordern wir, dass diese Hassverbrechen von den zuständigen Behörden erfasst und publiziert werden sowie Massnahmen zum Schutz von LGBTIQ+ Menschen eingeleitet werden.

Aufgrund des heute ungenügenden Diskriminierungsschutzes setzen wir uns entschieden für die Erweiterung der Anti-Rassismusstrafnorm ein. Wir unterstützen einen griffigen Diskriminierungsschutz für alle LGBTIQ+-Menschen, besonders auch am Arbeitsplatz.

"Konversionstherapien" für Minderjährige unmöglich machen

Sogenannte "Konversionstherapien" mit dem Ziel der Änderung oder Unterdrückung der sexuellen Orientierung oder der Geschlechtsidentität sind heute noch möglich. Traumata und psychische Schäden bei den Betroffenen sind die Folge. Absurderweise werden diese menschenfeindlichen "Therapien" z.T. sogar noch über die Krankenkasse abgerechnet. Die Jungen Grünliberalen setzen sich mit Nachdruck für ein explizites und wirksames Verbot von "Konversionstherapien" bei Minderjährigen ein. Und fordern den Stop der Unterstützung. Zudem soll über die Therapien aufgeklärt, und auch mündige Personen best möglich vor solchen Therapien geschützt werden.

Nötige Unterstützung bei Diskriminierung sicherstellen: Ombudsstelle und professionelle Helpline

Wir fordern eine Ombudsstelle gegen die Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität, -ausdruck und -merkmalen. Diese Behörde soll nach schwedischem Vorbild geschaffen werden und sich an den zentralsten Stellen gegen die Diskriminierung von allen LGBTQ+ Personen einsetzen, die Einzelnen in ihren Rechten stärken, sie unterstützen und zudem Anlaufstelle für Beschwerde der Bürger*innen sein. Bei dieser Behörde könnten allenfalls auch Hassverbrechen statistisch erfasst werden, wobei dies vor allem über die Polizei erfolgen sollte.

LGBTQ+-Personen sollen frühzeitig (bereits im Schulalter) über die Helpline, ihre Rechte und Möglichkeiten im Falle einer Diskriminierung informiert werden. Wo nötig soll die Helpline auch professionelle Unterstützung bieten.

Wichtige Sensibilisierung im Schulunterricht

Die Schule leistet einen wichtigen Beitrag zu einer offenen und aufgeklärten Gesellschaft, in der sich alle frei entfalten können. Die Jungen Grünliberalen fordern, dass LGBTQ+-Themen fester Bestandteil der Aufklärungsunterricht sind. Zudem unterstützen wir Sensibilisierungskampagnen wie ABQ.

Geschlechtsangleichung und Personenstandsänderung ohne schmerzvolle Hürden

Wenn eine Person sich mit einem Geschlecht identifiziert, welches nicht mit dem ihr bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht übereinstimmt, soll diese Person ihr amtliches Geschlecht und ihre körperlichen Geschlechtsmerkmale ohne Hürden und ohne Fremdbestimmung angleichen können.

Damit heute eine Person geschlechtsangleichende Eingriffe durchführen kann, muss sie viele administrative Hürden überwinden – insbesondere die Krankenversicherungen lehnen sehr oft die Kostenübernahme ab, ohne dass die Voraussetzungen dafür erfüllt wären – und auch ein psychiatrisches Gutachten vorweisen. Für die Änderung des amtlichen Geschlechts war es bis vor ein paar Jahren noch gängige Praxis, dass eine Person den Nachweis der Fortpflanzungsunfähigkeit erbringen musste. Auch heute noch erleben viele diese Gerichtsverfahren zur Änderung des Geschlechtseintrages und Namens als belastend, nicht nur emotional, sondern auch finanziell. Wir fordern ein Ende dieser schmerzvollen Praktiken und dass sich die einzelnen Menschen selbstbestimmt geschlechtlich definieren und ihr Geschlecht leben können.

Die Jungen Grünliberalen fordern primär die Abschaffung des rechtlichen Geschlechts. Solange es aber das rechtliche Geschlecht im Personenstandsregister gibt, fordern wir, dass dieses selbstbestimmt in einem schnellen, transparenten und allen Transmenschen tatsächlich zugänglichen Verwaltungsverfahren geändert werden kann.

Geschlecht auf rechtlicher Ebene abschaffen

Obwohl alle vor dem Gesetz gleich sind, gibt es heute immer noch schmerzvolle Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts, der Geschlechtsidentität oder der körperlichen Geschlechtsmerkmale. Unser binäres und amtlich festgelegtes Geschlechtersystem erfordert zwingend eine amtliche Zuweisung zu Mann oder Frau. Das diskriminiert alle, die sich weder (ausschliesslich) weiblich noch (ausschliesslich) männlich identifizieren, und die in dieser nicht-binären Identität staatlich anerkannt werden wollen oder bei denen die genitale, chromosomale und/oder hormonale Charakteristik nicht die Zuordnung zu einem der zwei aktuell gültigen Geschlechter erlaubt.

Wir fordern die Abschaffung des amtlichen Geschlechtseintrags. Dies würde der gesetzlichen Ungleichbehandlung der Geschlechter entgegenwirken und rechtlich die komplette Gleichstellung unabhängig vom Geschlecht sicherstellen. Als Zwischenschritt unterstützen wir das Recht auf einen optionalen Verzicht auf den Geschlechtseintrag, was insbesondere für inter und non binäre Menschen von Bedeutung ist.

Selbstbestimmung für intergeschlechtliche Menschen

In der Schweiz werden jedes Jahr Kinder geboren, deren genitale, chromosomale und/oder hormonale Charakteristik sie keinem der aktuell gültigen Geschlechter (weiblich/männlich) zugehörig erscheinen lässt. Um den vermeintlich natürlichen, gesellschaftlichen Normen zu entsprechen, werden Kinder, teilweise wenige Tage nach der Geburt, ohne Mitspracherecht operativ einem Geschlecht angeglichen. Dies geschieht heute, obwohl intergeschlechtliche Kinder (mit einigen seltenen Ausnahmen) ohne gesundheitliche Schäden aufwachsen können. Die Jungen Grünliberalen fordern deshalb ein Verbot von medizinisch nicht notwendigen Operationen an intergeschlechtlichen Kindern.

Engagement für LGBTIQ+ international

In vielen Ländern der Welt werden LGBTIQ+ nach wie vor brutal verfolgt, diskriminiert und unterdrückt. Die Schweiz steht in der Pflicht, sich auf allen geeigneten Ebenen international vermehrt, verstärkt und konsequent für die Einhaltung der Menschenrechte von LGBTIQ+ einzusetzen.

Schluss mit der Diskriminierung beim Blutspenden

Wir fordern ein Ende der Diskriminierung von Männern, die Sex mit Männern haben (MSM), beim Blutspenden. Swissmedic stuft MSM nach wie vor als Risikogruppe ein. Die Jungen Grünliberalen fordern ein Ende dieser Diskriminierung. Das Risikoverhalten der jeweiligen Person soll massgebend sein, nicht ihre Zugehörigkeit zu einer Gruppe.